

**Kostenlose
Hartz-IV-Beratung bei
der LINKEN** Seite 4

**Drohnen-Krieg per
Mausklick**
Bundeswehr will dabei sein Seite 7

**IG BAU für bezahlbare
Mieten**
Gemeinnützig vor Privat Seite 8

Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · JUNI/JULI 2014

Feld erhalten und Stadt gestalten

Marlis Fuhrmann zum Ergebnis des
Volksentscheids 100% Tempelhofer
Feld.

Lesen Sie Seite 3.

Mindestlohn mit vielen Ausnahmen

Anfang Juli soll nun endlich ein
gesetzlicher Mindestlohn im
Bundestag beschlossen werden.
Doch das Gesetz ist löcherig, lässt
viele Ausnahmen zu und legt eine
zu niedrige Höhe fest. Klaus Ernst
sagt, an welchen Stellen DIE LINKE
auf Verbesserungen dringen wird.

Lesen Sie Seite 4.

„Dein Bauch gehört Dir!“

Der Bundesparteitag der LINKEN hat
beschlossen, den Aufmarsch von
Abtreibungsgegnern am 22. Septem-
ber 2014 in Berlin zu stoppen.
Wer sind diese „Lebensschützer“,
die gegen Frauenrechte mobil
machen? Warum versuchen Konser-
vative das Rad der Geschichte
wieder zurückzudrehen?

Lesen Sie Seite 4.

Hartz-IV-Sanktionen endlich abschaffen

Zu den Plänen der Bundesregie-
rung, Sanktionen für Hartz-IV-
Beziehende schon bei einem
ersten Verstoß gegen Auflagen
des Jobcenters einzuführen,
erklärt die Parteivorsitzende
der LINKEN, Katja Kipping:

Auf der einen Seite schont die
Bundesregierung die Vermö-
genden, auf der anderen
Seite will sie die Ärmsten in der
Bevölkerung weiter drangsaliieren.
Jetzt soll ein Instrument weiter ver-
schärft werden, das selbst viele Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter im
Jobcenter überfordert, wie die hohe
Erfolgsquote bei den Widersprüchen
(36 Prozent) und Klagen (42,5 Pro-
zent) gegen Hartz-IV-Bescheide zeigt.

Vor dem Hintergrund der absurd
hohen widerrechtlichen Sanktionen
müssen diese insgesamt in Frage
gestellt werden. Es gilt außerdem:
Ein Grundrecht kann man nicht
kürzen. Deshalb fordere ich die Bun-
desregierung auf, die Sanktionen
endlich abzuschaffen.

Für ein Europa von unten!



Foto: KDH

Unter dem Motto „Grenzenlos
solidarisch – für eine Demokra-
tie von unten!“ zog die Blockupy
Plattform Berlin wenige Tage vor
den Europawahl in einer aus-
drucksstarken Demonstration
vom Oranienplatz zum Gendar-
menmarkt. DIE LINKE hat auch
in Neukölln ein gutes Ergebnis
bei der Europawahl erreicht.

Ausführlich auf Seite 2.

Vielen Dank Neukölln: Tempelhofer Feld bleibt frei!

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln informiert:

Mit 74 Prozent haben die Neuköllnerinnen und
Neuköllner den Gesetzestext der Bürgerinitiative
100% Tempelhofer Feld angenommen und dem Senat
ein eindeutiges Stoppzeichen gesetzt.

Sie haben sich für kostenlose
Naherholung und gegen
Privatisierung und Luxus-
bebauung entschieden.
Die Fraktion DIE LINKE bedankt
sich bei den vielen Engagierten,
die diesen Erfolg möglich
gemacht haben.

Mehr Informationen zur Arbeit
der Fraktion unter:

www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion



Hier und in Europa: 100% sozial

Eine erste Bilanz des Volksentscheids Tempelhofer Feld und der Europa-Wahl

Am 25. Mai fanden zwei bedeutende Abstimmungen statt: Die Wahl der Abgeordneten für das Europaparlament und der Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes.

Das Tempelhofer Feld bleibt frei – frei von Bebauung durch Immobilienspekulanten und frei von Privatisierung. Für die Bürgerinitiative 100% Tempelhofer Feld und alle Unterstützende ist das ein stadtpolitischer Erfolg, ein Beispiel beeindruckender Selbstaktivität und Selbstorganisation.

Der konkurrierende Gesetzentwurf von SPD und CDU wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. SPD und CDU waren nicht glaubwürdig in der Frage der sozialen Bebauung. Die Abstimmung war auch ein Signal gegen investorfremde Senatpolitik und steigende Mieten in allen Bezirken.

In Neukölln stimmten 74,4 Prozent für das Gesetz der Bürgerinitiative, zugleich lehnten 70,6 Prozent den Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses ab.

DIE LINKE.Neukölln hat die Bürgerinitiative von der ersten Stufe im Januar 2013 aktiv unterstützt und gegen Luxusbebauung, Immobilienspekulation und Privatisierung argumentiert. Diese Entscheidung war richtig. DIE LINKE. hat eine wichtige Kampagnen-Erfahrung gemacht, ihre Verankerung im Bezirk ausgebaut und zur politischen Verallgemeinerung gegen neoliberale Stadtpolitik über das Feld hinaus beigetragen. Auch Wählerinnen und Wähler der Senatsparteien konnten für eine Stimmabgabe für 100% Tempelhofer Feld gewonnen werden.

Leider konnten viele am Volksentscheid nicht teilnehmen, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Dies ist zutiefst undemokratisch und diskriminierend, deshalb fordert DIE LINKE.Neukölln Wahl- und Abstimmungsrecht für alle, die hier leben. In Berlin betrifft das 400.000 Erwachsene, in Neukölln 23 Prozent der Erwachsenen.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das nicht dem Markt geopfert werden darf. Mit anderen Initiativen

fordert DIE LINKE. eine 100% soziale Wohnungspolitik – im Sinne nachhaltiger Sanierung des Mietwohnungsbestandes (keine Luxus-sanierung), Erneuerung im Bestand, Rückkauf privatisierter Wohnungsbestände und sozialen Wohnungsbau, der diesen Namen verdient. Dazu braucht es eine ausreichende öffentliche Finanzierung. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird DIE LINKE.Neukölln mit weiteren mieten- und stadtpolitischen Initiativen den notwendigen politischen Druck entwickeln. Zum Beispiel gilt es ein mögliches Volksbegehren zu 100% sozialer Wohnungspolitik gemeinsam zu prüfen.

DIE LINKE. hat auch in Neukölln ein gutes Wahlergebnis bei der Europawahl erreicht.

Mit 13.000 Stimmen und 13,8 Prozent konnten im Vergleich zur letzten Europawahl 2009 6,5 Prozentpunkte bzw. 8.500 Stimmen hinzugewonnen werden. Auch durch den Volksentscheid konnte in Neu-

kölln die Wahlbeteiligung um 11 Prozent gesteigert werden.

Die Erfolge in vielen Ländern Europas von rechten, rechtspopulistischen und Nazi-Parteien bei der Europawahl zeigen, wie wenig Vertrauen die EU-Politik genießt. Das Wahlergebnis der AfD in Deutschland ist eine Warnung. DIE LINKE. ist gefordert, die EU-Kritik von links zu stärken und den antirassistischen Kampf konkret in Bezug auf die Rechte der Flüchtlinge weiterzuführen.

In den nächsten Wochen und Monaten gilt es, sich weiter in den europapolitischen Kampagnen zu engagieren. Im September startet eine Unterschriftensammlung der Europäischen Bürgerinitiative gegen die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA (TTIP) und der EU und Kanada (Ceta). Diese Unterschriftensammlung lässt sich gut mit den Blockupy-Protesten zum Treffen der EU-Regierungschefs in Frankfurt am Main bei der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (voraussichtlich im November) verbinden.

Buschkowsky dreht durch

Neuköllns Bürgermeister beleidigt Wähler nach Volksentscheid als „dumm“

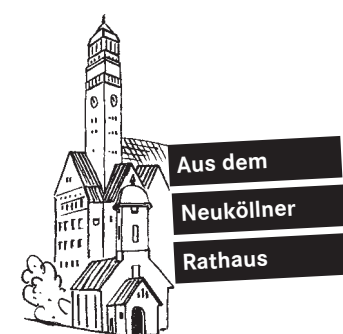


Ausschnitt: Buschkowsky in BILD.

Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) schreibt nach dem Volksentscheid über das Tempelhofer Feld: „Die menschliche Dummheit ist unendlich!“ Thomas Licher, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln, meint: Für die Beleidigung der Wählerinnen und Wähler sollte sich Buschkowsky öffentlich entschuldigen. Doch diese Chance hat er auf der Juni-Sitzung der BVV vertan.

Am 25. Mai ist über die Zukunft des Tempelhofer Feldes abgestimmt worden. Das wird von allen Vertretern des Senats und des Abgeordnetenhauses so akzeptiert. Nur der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky scheint ein sehr fragwürdiges Demokratieverständnis zu haben. Denn er beleidigt die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in seiner BILD-Kolumne.

Er wirft den Befürwortern der „Nichtbebauung“ vor, dass sie aus



Vignette: Franz Zauleck

egoistischen Gründen gegen den Masterplan von Bausenator Müller (SPD) wären und vor allen ihre lokalen Interessen verfolgen. Doch dem widerspricht eindeutig das Abstimmungsergebnis. In allen zwölf Berliner Bezirken hat der Gesetzesentwurf der Bürgerinitiative jeweils die Mehrheit der Stimmen erhalten und in ganz Berlin war der Gegenentwurf von SPD/CDU immer nur an zweiter Stelle.

Von den Wählern ist sehr wohl verstanden worden, dass sich die Berliner SPD in erster Linie für die Inter-

sen der Bau- und Immobilienwirtschaft eingesetzt hatte und mit dem geplanten Bau von 4.800 Wohnungen auf dem Tempelhofer Feld kein wirksamer Beitrag gegen die Wohnungsnot erbracht werden würde. Schon seit längeren wurde das Argument „Wohnungsnot“ vom Senat zur rücksichtslosen Vermarktung und Privatisierung von öffentlichen Flächen missbraucht. Bei solcher Politik ist es kein Wunder, wenn es in der Bevölkerung großes Misstrauen gegen die Politik des Senats gibt.

Dass der Neuköllner Bürgermeister nach dieser Entscheidung keine Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten möchte, wundert wohl niemand mehr. Wenn aber der Bürgermeister von Neukölln im Zusammenhang mit einem Wahlergebnis von „Brunnenvergiftung“ schreibt, zeigt das einen eklatanten Mangel an politischer Kultur.

Heinz Buschkowsky ist ein schlechter Verlierer. Geht es nicht nach seinen Vorstellungen, dann dreht er durch. RO

Feld erhalten und Stadt gestalten

Marlis Fuhrmann zu Ergebnissen des Volksentscheids 100% Tempelhofer Feld

Das Ergebnis des Volksentscheides ist eindeutig und muß umgesetzt werden. Darüber hinaus können wir die Stimmung in der Stadt nutzen. Und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei allen miet- und städtebaulichen Angelegenheiten einfordern.

Feld erhalten:

Das THF-Gesetz ist im Juni mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft getreten. Jetzt gilt es zu kontrollieren, dass es der Senat Schritt für Schritt ausführt. Und sich daran hält. Versuche, das Gesetz nachträglich zu ändern sind abzuweisen.

Die Planungskompetenz über das Tempelhofer Feld geht von der Gartenverwaltung Grün Berlin zur Obersten Naturschutzbehörde über. Denn der vorhandene Wiesen- und Gehölzbestand und seine Pflege und Erholungsnutzung bildet den Ausgangspunkt eines künftigen Landschaftsplanes oder -programmes. Auch über den alten Nutzerbeirat muss entschieden werden. Braucht es einen Neuanfang mit weiteren Vertretern und weiter reichenden Kompetenzen?

Zwingend sind die offizielle Einstellung aller Bebauungspläne sowie die Auflösung der Verpflichtun-

„Sportbandes“ Neukölln. Für muslimische Bestattungen steht deshalb auf dem Feld übergangsweise keine Fläche zur Verfügung. Hier erscheint eine Einbindung in ein langfristiges stadtweites Friedhofskonzept notwendig.

Die im Süden angrenzenden Gartenkolonien Neuköllner und Tem-

pelhofer Berg sind durch Ausweisung als Grünflächen oder Dauerkleingärten zu schützen. Auch ist der projektierte Neubau einer Brücke über Koloniegebiet aufzugeben. Stattdessen sollte zur besseren Erschließung des Tempelhofer Feldes eine ehemalige Bahnbrücke einbezogen werden.

Mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept INSEK sind weiterhin Infrastrukturdefizite in den angrenzenden Kiezen auszugleichen. Sinnvollerweise sollte aber zum Beispiel eine geplante Schule dort realisiert werden, wo neue Wohnungen entstehen. Am Mariendorfer Weg statt auf dem Hockey-Spielfeld des Neuköllner Stadions.



Die europaweite Spekulation mit Immobilien ist ein Aktionsthema der Blockupy-Bewegung, auch in Berlin.

Foto: Doris Hammer

Amtsblatt

Nach § 36 Absatz 1 des Abstimmungsgesetzes ist ein Gesetzentwurf durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und zugleich mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten zustimmt.

Ich stelle fest, dass die für den Volksentscheid geltenden Vorschriften beachtet worden sind und dass der Gesetzentwurf der Trägerin des Volksbegehrens angenommen wurde.

gen aus dem Masterplan. Ebenso haben die Planungen für ein neues Regenwasserbecken aus Beton keinen Bestand. Hier sind eine Sanierung der Altanlage an der Lilienthalstraße sowie eine ökologische Versickerung zu prüfen. Im Nachgang muss der Flächennutzungsplan geändert und ein Landschaftsschutzgebiet unter Ausschluss einer Bebauung festgeschrieben werden.

Eine zusätzliche Sicherung als Denkmale ist für historische Relikte aus der Zeit der Flughafennutzung und des Sportparks anzustreben. Das betrifft Rollbahnen, Grundmauern ehemaliger Zwangsarbeiterlager sowie unter anderem Halle und Böschungsbereich des ehemaligen

Stadt gestalten:

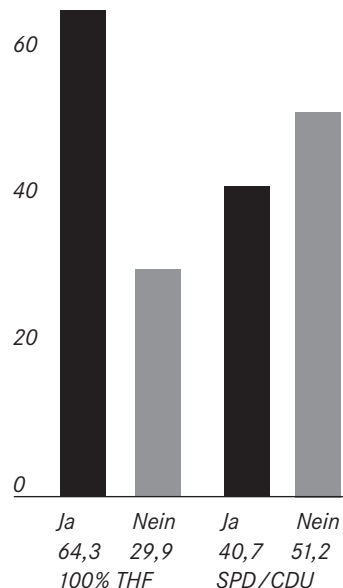
Wir haben jetzt die Chance die Frage „Wem gehört die Stadt?“ im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten. Denn das gemeinsame Projekt THF 100 hat die kritischen stadtpolitischen Gruppen näher zusammengeführt. Das sind die vielen Mieterinitiativen; insbesondere Kotti & Co und die Dossiergruppe. Aber auch Stadtteilbüros und Quartiersräte. Ebenso die Parkinitiativen, wie Mauer- und Thälmannpark, Lichterfelde Süd, Spreeufer und die Gartenkolonien mit Oeynhausen an der Spitze. Dazu gehören die Universitäten mit diversen Diskussionsforen um Andrej Holm/HU, an der FU, think Berlin/TU und Bildungswerke. Es engagieren sich Sozialmieter, junge Architekten, die Initiative Neuer kommunaler Wohnungsbau, das Mietshäuser Syndikat etc.

Und sie haben inhaltlich die Führung übernommen. Zur Vermittlung wäre eine zusätzliche öffentlichkeitswirksame Struktur wünschenswert. Als Gegengewicht zum Senat könnte man zum Beispiel das Stadtforum von unten wieder aufleben lassen. Mit Treffen ein- bis zweimal pro Jahr, jeweils mit einem Hauptthema, und selbstständigen Arbeitsgruppen.

Im Nachgang zum Volksentscheid sollte auf einer größeren Veranstaltung eine mieten- und stadtpolitische Bilanz gezogen werden. Ziele und künftiges Vorgehen sind zu besprechen. Der erfolgreiche Volksentscheid ist ein Anfang: Stadt gestalten!

Marlis Fuhrmann
ist Bezirksverordnete der LINKEN
in Neukölln

Eindeutig. So hat Berlin beim Volksentscheid abgestimmt:



Mindestlohn mit vielen Ausnahmen

Klaus Ernst: „8,50 Euro bieten bereits jetzt für viele keine Existenzsicherung“



Die SPD schmückt sich auf ihrer Internetseite mit einem Transparent der Berliner LINKEN zum Mindestlohn. 10 Euro als Einstieg wären aber besser.

Anfang Juli soll nun endlich ein gesetzlicher Mindestlohn im Bundestag beschlossen werden. Doch das Gesetz ist löcherig, lässt viele Ausnahmen zu und legt eine zu niedrige Höhe fest. Klaus Ernst sagt, an welchen Stellen DIE LINKE auf Verbesserungen dringen wird.

Am 4. Juli soll das Mindestlohn-Gesetz nun endlich beschlossen werden. Wie viel Löcher, glauben Sie, schafft die Große Koalition in dieser Zeit noch, in diesen Schweizer Käse zu bohren?

Klaus Ernst: Die Gegner des Mindestlohns innerhalb der CDU/CSU formieren sich und es ist nicht auszuschließen, dass wie beim Rentenpaket noch ein Versuch unternommen wird, weitere Gruppen vom

Gesetz auszunehmen. Im Gespräch sind Rentnerinnen und Rentner, Saisonarbeiterinnen und -arbeiter, Praktikanten generell und auch die Heraussetzung der Altersstufe für die Ausnahmen. Für die SPD wäre eine weitere Verschlechterung völlig inakzeptabel, denn sie musste bereits Federn lassen. Die konservativen Vertreter des Mittelstandes, der vermeintlich unter einem Stundenlohn von 8,50 Euro zusammenbrechen wird, haben nicht verstanden, dass der Mindestlohn eine höhere Nachfrage gerade im unmittelbaren Konsumbereich auslösen wird. Der Mindestlohn schützt Beschäftigte und Arbeitgeber vor Dumpinglöhnen.

Von Gewerkschaftsseite gibt es ja noch ein paar Versuche, das Möglichste herauszuholen.

Klaus Ernst: Es wäre zu wünschen, denn 8,50 Euro bieten bereits jetzt für viele keine Existenzsicherung mehr – vor allem wegen der steigenden Mietkosten. Wenn man diesen ohnehin zu niedrigen Mindestlohn dann auch noch bis 2018 einfriert, wird er zudem real entwertet. In 2018 haben 8,50 Euro nur noch eine Kaufkraft von knapp acht Euro. Ein Mindestlohn, von dem man nicht leben kann, macht aber überhaupt keinen Sinn.

Sollte die Höhe des Mindestlohns vom Bundestag, per Gesetz festgelegt werden oder doch lieber von einer Kommission?

Klaus Ernst: Aus Sicht der LINKEN ist die Einstiegshöhe eine politische Festlegung, die sich an den Zielen, die mit dem Mindestlohn verfolgt werden, orientieren muss. Die

Ziele sind: Existenzsicherung bei Vollzeitarbeit, nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung und die Verhinderung von Niedriglöhnen. Alle drei Ziele erfordern einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 10 Euro pro Stunde. Dieser sollte per Gesetz festgelegt werden. Die dann in Zukunft erforderlichen Erhöhungen des Mindestlohns sollten dann von einer Kommission empfohlen und vom Arbeitsministerium per Rechtsverordnung festgesetzt werden. Dadurch wird die Beteiligung der Tarifparteien gesichert. Die Erhöhungen müssen sich an der Entwicklung des Tariflohnindex orientieren, damit die Mindestlohnbezieher nicht von der Entwicklung der Tariflöhne abgekoppelt werden.

Klaus Ernst ist stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln).

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

„Dein Bauch gehört Dir!“

„Lebensschützer“ machen gegen Frauenrechte mobil – wir müssen sie stoppen!

In Spanien will die konservative Regierung das Recht auf Schwangerschaftsabbruch kippen. In Frankreich gingen schon Zehntausende Abtreibungsgegner auf die Straße. Und in Deutschland formieren sich fundamentalistische Christen zu einer Bewegung gegen Frauenrechte und das Recht auf selbstbestimmte Lebensweisen.

Im vergangenen Jahr marschierten 4.500 „Lebensschützer“ durch die Innenstadt Berlins – wohlwollend von der rechtsradikalen „Jungen Freiheit“ und der „Alternative für Deutschland“ beobachtet. Es wird Zeit, dem entgegenzutreten!

Neu-Köllnisch · Juni/Juli 2014

Der Eingriff in das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen ist so alt wie die Entstehung von Klassengesellschaften. Er nahm historisch unterschiedliche Formen an. Im Mittelalter versuchte die Kirche über den Körper der Frau zu entscheiden, später der Staat (im Verein mit der Kirche). Als Deutschland im Jahr 1871 zur Nation zusammengeknüpft wurde, wurde mit dem § 218 des neuen Strafgesetzbuchs nahtlos an dieses Element der Frauenunterdrückung angeknüpft. Frauen konnten mit bis zu fünf, Helfer mit bis zu zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden. Schon bald wurde der § 218 als Klassenparagraf bezeichnet, weil zusätzlich der

Mangel und das Verbot von Verhütungsmitteln vor allem Frauen der Arbeiterklasse traf. Sie mussten zu selbstzerstörerischen Mitteln greifen oder zu „Engelmachern“ und „Kurpfuschern“ gehen, wenn sie aus blanker Not kein Kind austragen konnten, während junge, wohlhabende Frauen zu ihrem Hausarzt gehen konnten.

Aber schon in der Kaiserzeit gab es die Forderung nach Abschaffung des § 218 und Widerstand, der in der Weimarer Republik einen Höhepunkt erreichte, als in der Kölner Messehalle im Mai 1931 15.000 Linke wie Feministinnen unter der Parole „Dein Körper gehört dir“ zusammenkamen.

Die 1968er Bewegung nahm den Faden wieder auf, bis es in Westdeutschland im Jahr 1976 (vier Jahre später als in der DDR) zur Liberalisierung des § 218 mit Fristenlösung kam.

Heute versuchen Konservative das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen.

Deshalb hat der Bundesparteitag der LINKEN beschlossen, den Aufmarsch der Abtreibungsgegner am 20. September 2014 in Berlin zu stoppen!

Unterstützt das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung: www.sexuelle-selbstbestimmung.de/buendnis

Von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales wurde kürzlich der neue „Handlungsorientierte Sozialstrukturatlas Berlin 2013“ vorgestellt. Thomas Licher hat die Daten durchgesehen.

Seit 1990 wird regelmäßig einmal pro Wahlperiode eine umfassende Studie mit sozialwissenschaftlichen Daten erhoben. Durch den Vergleich zu den Ausgaben aus den Jahren 2003 und 2008 lassen sich Entwicklungen großräumig für die zwölf Bezirke und kleinteilig für die 419 Berliner Planungsräume aufzeigen.

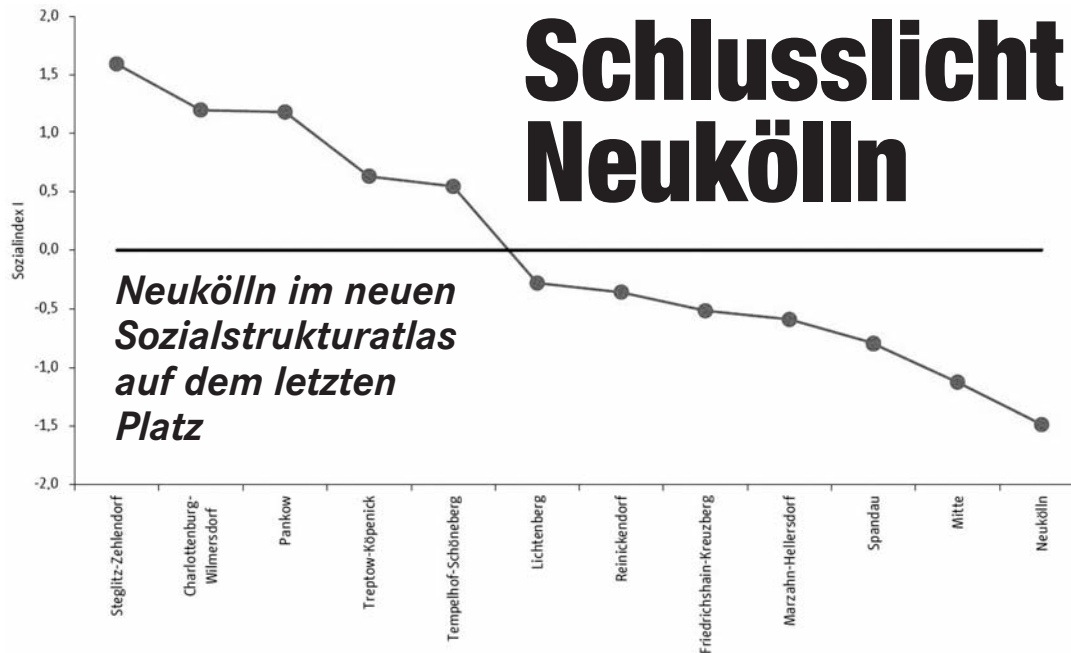
Dabei wird der Schwerpunkt auf die zwei „Sozialindizes“ gelegt. Beim sogenannten Belastungsindex (Sozialindex I) wird das Hauptaugenmerk auf die Verteilung von gesundheitlicher und sozialer Benachteiligung gelegt. Beim Sozialindex II geht es um den Anteil der Personen in Arbeit beziehungsweise im Transferbezug.

Im Bezirksvergleich hatte Neukölln beim Sozialindex noch 2003 den 10. Platz, 2008 dann den 11. Platz; jetzt ist Neukölln auf dem letzten Platz angekommen. Hinter diesem Abwärtstrend stehen harte Tatsache: 52 Prozent der Neuköllner Kinder erhalten Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II. 26 Prozent der Neuköllner zwischen 15 und 64 Jahren beziehen Hartz IV.

Armutrisiko in Neukölln: 24 Prozent

Das Armutrisiko ist in Neukölln seit 2006 von 20 Prozent auf jetzt 24 Prozent gestiegen, während es deutschlandweit „nur“ von 14 auf 15 Prozent angewachsen ist. Besonders betroffen sind: Alleinerziehende, junge Erwachsene in Ausbildung und Studium, Familien mit mehr als drei Kindern und Erwerbslose.

Bei der kleinteiligen Betrachtung



Sozialindex I 2013 für die Berliner Bezirke: Die Schere zwischen Steglitz-Zehlendorf und Neukölln weiter geöffnet.

zeigt sich, dass der Bezirk zweigeteilt ist. Während im Süden von Neukölln, mit Ausnahme der Gropiusstadt, die soziale Situation nicht schlecht ist, gilt Nord-Neukölln als berlinweit am stärksten sozial benachteiligtes Gebiet. Auch wenn es im Bereich der Schillerpromenade und im Reuterkiez verstärkt Anzeichen für „soziale Verdrängung“ festgestellt werden, ist der Anteil an den 150.000 Menschen in Norden von Neukölln hoch, die kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wer arm ist, stirbt auch früher

Neukölln hat im Bezirksvergleich die zweitniedrigste Lebenserwartung. Während in Berlin die Lebenserwartung für Frauen bei 82,7 Jahren und bei Männer bei 77,6 Jahren liegt, beträgt sie in Neukölln für Frauen nur 81,6 und bei Männern nur 76 Jahre.

Ein großer Teil der Rahmenbedingungen für die Lebenssituation der Menschen in Nord-Neukölln wird durch bundespolitische Entscheidungen geschaffen. So haben die Hartz-Gesetze zu massiver Verschärfung der Lebenssituation vieler geführt.

Die Berliner Landesregierung unter Wowerit vernachlässigt die soziale Frage und lässt die Menschen mit ihren Problemen im Stich.

Versagen des Bezirksamtes

Der Abstieg Neuköllns im Sozialindex auf den letzten Platz bedeutet für das SPD-dominierte Bezirksamt Totalversagen. Negative bundespolitische und landespolitische Entscheidungen wurden durch falsche bezirkliche Schwerpunktsetzungen verschärft. Hierfür trägt insbesondere Bürgermeister Buschkowsky Verantwortung, er sollte Platz für einen Neuanfang machen. Mit der Verlagerung von Einrichtungen und finanziellen Ressourcen von Nord-Neukölln nach Buckow und Rudow wird von SPD und CDU reine Klientelpolitik gemacht. Aktuelles Beispiel ist die Einrichtung einer Aussenstelle von VHS und Musikschule im Frauenviertel in Rudow.

Sind Alternativen möglich?

Die Abwärtsentwicklung ist kein Automatismus, wie man in Friedrichshain-Kreuzberg sehen kann. Der

Bezirk, der eine ähnlich Sozialstruktur wie Neukölln hat, lag 2003 auf dem letzten Platz, im aktuellen Strukturatlas nimmt er einen achtbaren achten Platz ein.

Mit dem Ausbau von Familienzentren und Maßnahmen zu Gesundheitsförderung sowie einer aktiven Politik gegen soziale Vertreibung kann auch in Neukölln etwas verändert werden. Eine bezirkliche Bildungspolitik mit Schwerpunkt auf die Nord-Neuköllner führt zu einer höheren Zahl von Schülern mit MSA (mittlerer Schulabschluss) und Abitur. In Zusammenarbeit mit dem Landeschulamrat kann wirksam die Quote der Schulabrecher gesenkt werden. Mit einer aktiven Politik mit und für die Menschen, wird sich auch das soziale Miteinander in Neukölln verbessern.

Nur DIE LINKE setzt sich konsequent für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von sozial Benachteiligten in Bund, Land und Bezirk ein.

Thomas Licher ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV Neukölln

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE. für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0178 6254914, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Neu-Köllnisch · Juni/Juli 2014

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

Was verbirgt sich hinter TTIP?



Foto: Uwe Hilsch

Im September beginnt die europaweite Unterschriftensammlung: „Stopp TTIP“. Hier: Protest vor dem Bundestag.

Über das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“-Abkommen wird die Basisorganisation Neukölln-Süd bei ihrem Juni-Treffen diskutieren.

TTIP, das ist das geplante Freihandelsabkommen, welches gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird. Der Inhalt der Vertragstexte ist hochbrisant. Schon jetzt ist zum Beispiel bekannt, dass zugunsten der Profitinteressen großer internationaler Konzerne durch TTIP eine massive Einschränkung hart erkämpfter Standards droht. TTIP gefährdet den gerade erst beschlossenen Mindestlohn, kann genmanipulierte Lebensmittel in die Supermärkte bringen und die schon abgelehnte Wasserprivatisierung ermöglichen.

Interessierte sind herzlich willkommen am 24. Juni um 19 Uhr im Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz in der Gropiusstadt (U-Bahnhof Lipschitzallee).

Termine: DIE LINKE. Neukölln



Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln

Montag, 23. Juni 2014, 18.30 Uhr
in der Richardschule,
Richardplatz 14, 12055. Berlin.
Vorschlag für die Tagesordnung:
1. Auswertung der Wahl zum EU-Parlament und des Volksentscheids zum Tempelhofer Feld
2. Sonstiges

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
Donnerstag, 19.6.2014, 19 Uhr
Donnerstag, 3.7.2014, 19 Uhr
Donnerstag, 17.7.2014, 19 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße

Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.

nen. Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.
Nächste Termine und Themen:
www.die-linke-neukoelln.de

BO Neukölln-Süd

Die Basisorganisation Neukölln-Süd ist eine Untergliederung des Bezirksverbandes. Sie trifft sich zu Versammlungen und gemeinsamen Info-Ständen. Sie diskutiert aktuelle, regionale und bundesweite Themen.

Die Bo trifft sich wieder regelmäßig im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz 1 (Fahrverbindung: U-Bhf. Lipschitzallee).

Der nächste Termin:

Dienstag, 24.6.2014, 19 Uhr
Thema: Was verbirgt sich hinter TTIP?

BO Rixdorf

Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.

Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils donnerstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Die nächsten Termine:

Donnerstag, 26.6.2014, 19 Uhr
Donnerstag, 10.7.2014, 19 Uhr

BO Reuterkiez

Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzli-

chen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände. Die Basisorganisation Reuterkiez trifft sich alle zwei Wochen montags jeweils von 19 bis 21 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

Nächste Termine und Themen:
www.die-linke-neukoelln.de

BO 44

„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen.

Nächste Treffen siehe: www.die-linke-neukoelln.de/bezirksverband/strukturen/bo_44/

AG Antifaschismus/Antirassismus

Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv.
Kontakt: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

AG Hartz IV

Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln.

Nächstes Treffen:

Mittwoch, 9.7.2014, 17.30 Uhr
Thema: „Das Begehren nach Vereinfachung von Hartz IV“

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 9.7.2014, 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 23.7.2014, 14 bis 16 Uhr
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BVV-Fraktion DIE LINKE.

Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Donnerstag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen

DIE LINKE. in der BVV Neukölln 30.6., 7.7. jeweils um 17.30 Uhr,
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Juli-Sitzung der BVV
Mittwoch, 9.7.2014, 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

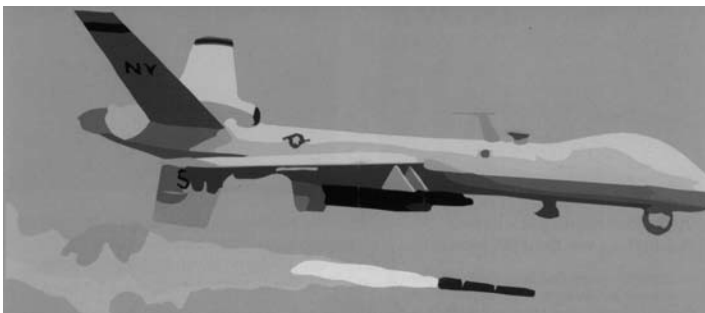


Foto: KDH

„Ukraine: Stoppt Eskalation und drohenden Krieg“ hieß es im Aufruf zur Demonstration am 31. Mai des Anti-Kriegsbündnis-Ukraine. Inzwischen wurde die Eskalationsspirale weiter gedreht. Luftangriffe mit Kampffjets und Kampfhubschraubern, Panzereinsätze usw. Aktuell bleibt das Nein zu: Einsatz von Militär und Privatarmeen, Kriegshetze und Kriegsvorbereitung, Konfrontation mit Russland, wirtschaftlichen und politischen Sanktionen,

zur NATO- und EU-Osterweiterung und der Verharmlosung und Unterstützung von Faschisten. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert: Keine NATO-Manöver in Osteuropa, keine Rüstungsexporte in die Region, Schluss mit jeglicher Eskalationspolitik, keine Zusammenarbeit mit Faschisten. Solidarität ist gefordert mit allen antifaschistischen und emanzipatorischen Kräften in der Ukraine.

Drohnen-Krieg per Mausklick



Grafik: Berliner Friedenskoordination

„Global Day of Action - Kampfdrohnen völkerrechtlich ächten! Die Idee kommt aus Afghanistan: Am 4. Oktober 2014 weltweit Drachen steigen lassen, um gegen den Tod aus der Luft zu protestieren.“

Seit Obama Präsident ist, fielen dem US-Drohnenkrieg in Ländern wie Somalia, Jemen, oder Afghanistan rund 5.000 Menschen zum Opfer, darunter viele Kinder. Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, informierte auf dem Kongress „Marx is‘ muss“ Anfang Juni über den aktuellen Stand der Drohnenrüstung. Hier einige Ausschnitte aus seinem Referat.

Weltweit verfügen mehr als 20 Länder bereits über Kampfdrohnen. Davon haben bisher drei Länder sie eingesetzt: USA, Israel und Großbritannien. Entwickelt werden Kampfdrohnen darüber hinaus in Russland, Südafrika, Pakistan, Iran, Südkorea und in den Emiraten.

Seit Oktober 2001 setzen die USA Kampfdrohnen ein: Bisher in Afghanistan, Pakistan, Irak, Jemen, Somalia und Libyen. Für Pakistan, Jemen

und Somalia zählt das „Bureau of Investigative Journalism“ in London die Drohnenopfer. Demnach addiert sich ihre Zahl auf maximal etwa 4.700 Getötete, davon sind bis zu 1.100 Zivilpersonen. Die meisten Drohnenangriffe fliegen die USA jedoch in Afghanistan. Das waren in den ersten vier Jahren Amtszeit von Präsident Obama bis Ende 2012 genau 1.336 und somit dort etwa viermal soviele US-Einsätze wie in allen anderen Ländern zusammengenommen. Opferzahlen für Afghanistan gibt es nicht.

Zwei Orte in Deutschland sind für den US-Drohnenkrieg von zentraler Bedeutung. In Stuttgart, dem Standort der US-Kommandozentrale für Afrika (AFRICOM) wird jeder US-Drohnenangriff in Afrika geplant und befehligt. Ramstein ist das eigentliche Herz der Drohnensteuerung. In Ramstein werden Drohnen und Satellitenbilder sämtlicher US-Drohnenflüge ausgewertet und Einsätze geplant. Zudem ist ohne die Satelliten-Relais-Station auf der US-

Air-Force-Base der US-Drohnenkrieg undenkbar.

Auch die Bundesregierung möchte an der Kampfdrohnenrüstung teilhaben. Das Bundesverteidigungsministerium hat auf seine Anfrage nach vier Kampfdrohnen des Typs REAPER aus den USA eine positive Antwort erhalten. Die REAPER würden unbewaffnet geliefert werden, ließen sich aber später bewaffnen. Deutschland hat mit den Niederlanden vereinbart, Kampfdrohnen gemeinsam zu beschaffen und zu betreiben. Ministerin von der Leyen hat angekündigt, dass „im Sommer“ eine Entscheidung fallen wird, welche Drohne es sein soll und wie viele es sein sollen, nachdem eine parlamentarische Anhörung erfolgt ist. Diese ist für den 30. Juni angesetzt und öffentlich.

Das Manuskript des Referates wird in den Kongressmaterialien von „Marx is‘ muss“ dokumentiert. Wer schon jetzt den Text lesen möchte kann sich wenden an: klaus-dieter.heiser@die-linke-neukoelln.de

Neu-Köllnisch

Juni/Juli 2014

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE. Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6 13 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16 10070848052560780 1

Redaktionsschluss: 18.6.2014
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 29.7.2014

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



48 Stunden Neukölln ist ein Forum für künstlerische Projekte aller Sparten der Berliner Kunstszene. In diesem Jahr bereits zum 14. Mal. Das Festival präsentiert und fördert Kunst, die einen Beitrag zu aktuellen gesellschaftlichen Themen leistet und diese reflektiert. Es bindet alle Bevölkerungsgruppen ein – unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft und sozialer Stellung. Vom 27. Juni bis 29. Juni. Überall in Neukölln. Das Programm gibt es hier: www.48-stunden-neukoelln.de/de/events

Weniger Schwimmer, höherer Umsatz

Nach den teilweise drastischen Erhöhungen der Eintrittspreise in den Berliner Bädern ist die Besucherzahl im ersten Quartal um mehr als sechs Prozent zurückgegangen. Die Einnahmen stiegen zugleich um 6,4 Prozent.

Den stärksten Rückgang verzeichnet das Schwimmen vor 8 Uhr und nach 20 Uhr. Hier sank die Besucherzahl von 97.114 auf 66.185. Im ersten Quartal 2013 kostete eine Eintrittskarte 2,50 Euro, jetzt 3,50 Euro. Schwimmbadbenutzer kritisieren das neue Tarifmodell als unsozial.

Neu-Köllnisch · Juni/Juli 2014



Foto: Compact

Ein Bett für Edward Snowden

Die Bundesregierung verwehrt Edward Snowden weiter Asyl. Doch am Jahrestag seiner Enthüllungen, am 6. Juni 2014, zeigten Menschen aus ganz Deutschland: Bei uns ist Snowden willkommen. Als Zeichen der Solidarität hängten sie ein Schild an die Tür und brachten einen Aufkleber an ihrem Briefkasten an. Eine Druckdatei des Schildes kann hier heruntergeladen werden:

http://blog.compact.de/wp-content/uploads/2014/05/Druckvorlage_Snowden-Tuerschild.pdf

IG BAU für bezahlbare Mieten

Gewerkschaft für Vorrang gemeinnützigen Wohnungsbaus

Die Berliner IG BAU hat kürzlich Thesen zum Wohnungsbau vorgelegt. Sie bietet ihre Mitwirkung für einen Stadtdialog an.

Die Gewerkschaft geht vom Leitbild einer sozialen Stadt aus, die von einer Durchmischung sozialer Strukturen in den Wohngebieten lebt, von einem Nebeneinander von Arm und Reich, von Jung und Alt, von Einheimischen und Zugezogenen. Das Entmischen von sozialen Problemen. Besonders in der Innenstadt würden Alteingesessene durch besser verdienende Neumieter verdrängt („Gentrifizierung“).

Nachhaltiges Bauen

Nachhaltiges Bauen sichere Wohnungsbestand und Arbeitsplätze. Allein um den Bestand langfristig zu sichern müsse bei einer „Wohnungslebensdauer“ von 100 Jahren pro Jahr ein Prozent erneuert werden; das heißt es müssten 19.000 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden. Außerdem wachse Berlin; in den letzten Jahren kamen jeweils zirka 50.000 neue Bürger dazu. Von den neu zu bauenden Wohnungen müsse ein Teil für normal und gering verdienende Personen bezahlbar sein. Dafür sei eine öffentliche Förderung

zum Wohnungsbau notwendig, vor allem für die sechs öffentlichen Gesellschaften und für Genossenschaften.

Die IG BAU fordert bezahlbare Mieten auch in der Innenstadt. Eine Erhöhung der „Kosten der Unterkunft“ (KdU) würde verhindern, dass Erwerbslose gezwungen werden, wegen der dort niedrigeren Mieten in die Außenbezirke zu ziehen. Auch eine höhere Grenze der KdU in der Innenstadt wäre nach Meinung der Gewerkschafter denkbar.

Neue Baufinanzierungen

Notwendig sei „Nachdenken über neue Finanzierungen“. Es sei nicht länger hinzunehmen, dass bei der Kostenmiete der Anteil der Bankzinsen erheblich höher ist als der der Baukosten einschließlich der Löhne und Gehälter. Über einen „Runden Tisch“ mit den öffentlichen Wohnungsunternehmen, Mietervereinen, Finanzexperten und Vertretern der Politik sollten neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Unter dem Stichwort „Innovatives Bauen“ spricht sich die IG Bau für „kleinere Wohnungen, flexibles Bauen, Generationen übergreifendes Zusammenleben und Senioren-WGs“ aus.

Gemeinnützig vor Privat

Der Wohnungsbestand in Berlin sei durch unterschiedliche Eigentumsformen gekennzeichnet: „Der Senat von Berlin wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sich das Verhältnis des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus nicht zu Gunsten des privaten Wohnungsbaus verschiebt. Der Zukauf von Wohnungen durch die öffentlichen Gesellschaften wird begrüßt.“ Um einer Verknappung des Wohnungsangebots entgegen zu wirken sei wieder ein Zweckentfremdungsverbot einzuführen. Die geplanten Maßnahmen des Berliner Senats reichten hinsichtlich der Personalausstattung jedoch nicht aus.

Die Baugewerkschaft spricht sich für Sicherung des Bestandes durch Sanierung aus. Sie erinnert auch an den § 172 Baugesetzbuch, danach könne der Senat „zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ für besonders bezeichnete Gebiete bestimmen, dass „die Begründung von Wohnungseigentum oder Teileigentum an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung erfolgen darf.“